A26 Bürger*innen Räte als Ergänzung des Parlamentaischen Systems

Antragsteller*in:	Milena Bachmann
Tagesordnungspunkt:	4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

Antragstext

Die Repräsentative Demokratie ist das System auf das sich der Großteil der Bevölkerung momentan einigen kann.

Versuche einer direkten Demokratie endeten meist in Populismus.

Es gibt allerdings noch mehr Modelle der Repräsentativen Demokratie, als das bei uns angewandte Parlamentarische System. Parteien sind anfällig für Korruption und übermäßiges Vertreten von Partikularinteressen reicher oder besonders großer Bevölkerungsgruppen. Im Wahlkampf verfallen viele Parteien nicht selten in populistische Argumentationsmuster. Das führt dazu, dass die Bevölkerung sich selten wirklich vertreten fühlt. Das politische Engagement in Parteien wird außerdem überwiegend von bestimmten akademisch, weiß und männlich geprägten Bevölkerungsgruppen ausgeübt.

Ein anders Modell welches die Repräsentation der gesamten Bevölkerung in Entscheidungsprozessen gewährleisten würde sind Bürger*innen Räte.

In diesen Räten kommen zufällig ausgewählte Bürger*innen zusammen um sich mit einem konkreten Problem und dessen Lösung zu beschäftigen. Diese sind zeitlich begrenzt und finden in einem geschlossenen Rahmen statt um Beeinflussung von außen zu verhindern. Damit alle Teilnehmenden eine ähnliche Entscheidungsgrudlage haben werden Experten eingeladen die sie über das vorliegende Problem und die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten informieren. In Diskussionen in Kleingruppen und im Plenum versuchen sie dann zu einer Lösung zukommen mit der möglichst viele zufrieden sind und über die zum Ende Abgestimmt wird.

Diese Räte werden nur selten und auch nur als eine Form der Bürger*innenbeteiligug verwendet. Sie werden als eine Beratung für Parlamente gesehen deren Ergebnisse zwar eine Richtung aufzeigen jedoch nicht umgesetzt werden müssen.

Die Parlamente durch Bürger*innen Räte zu ersetzen ist momentan nicht sinnvoll, da der Aufwand für alle Aufgaben die der Zeit von Parlamenten übernommen werden einen Bürger*nnen Rat einzuberufen einfach zu groß wäre.

Bei größeren Fragen, die alle Bürger*innen in einer Kommune, einem Bundesland oder in Deutschland über einen langen Zeitraum betreffen oder dessen politischen Kurs nachhaltig verändern, wäre es sehr sinnvoll diese unabhängig von Parlamenten mit temporär Zusammensetzung zu beantworten.

Die Grüne Jugend Berlin fordert deshalb:

- Bei Entscheidungen die die gesamte Bevölkerung Deutschlands, eines Bundeslandes oder einer Kommune betreffen, sowie Entscheidungen die die

politische Richtung Deutschlands, des Bundeslandes oder der Kommune verändern automatisch einen Bürger*innen Rat einzusetzen

- Bürger*innen Räten ein konkrete Entscheidungsgewalt zuzusprechen
- Der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben zu Bestimmten Fragen einen Bürger*innen Rat einzusetzen, wenn diese ihrer Meinung nach, die genannten Voraussetzung erfüllt
- Die Entscheidungen von Bürger*innen Räten als politisch bindend anzuerkennen und mit den Entscheidungen eines Parlaments auf der selben Ebene gleichzusetzen
- ein Amt welches die Verwaltung und Oranisation der Bürger*innen Räte übernimmt
- Das Schaffen von Stellen in diesem Amt die die Repräsentation benachteiligter Bevölkerungsgruppen in diesen Räten sicherstellen

Begründung

Parlamente sind nicht ideal um die Vielschichtigkeit der Bevölkerung zu repräsentieren. Sie wimmeln von weißen akademisch geprägten Menschen, die die Lebenswirklichkeit großer Teile der bevölkerung meist nicht Mal wahrnehmen. Bürger*innen räte könnten dieses System ergänzen und dafür sorgen, dass sich Menschen wieder repräsentiert fühlen.